

Flüchtlinge im Asylheim Möhlau
c/o no lager halle
Ludwigstraße 37
06110 Halle
e-mail: caravan.halle@gmx.net

12.04.09

Ausländerbehörde Wittenberg

Offener Brief

Wir Flüchtlinge protestieren gegen unsere Lebensbedingungen im Heim in Möhlau (Landkreis Wittenberg)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Benin, China, Kosovo, Sierra Leone, Syrien und anderen Ländern und sind im Asylheim in Möhlau, Landkreis Wittenberg, untergebracht. Unsere Lebensbedingungen sind nicht menschenwürdig und wir leben schon seit bis zu 15 Jahren in der ehemaligen NVA-Kaserne in Möhlau.

So sieht unser Leben auf dem abgelegenen Kasernengelände in Möhlau aus:

- **Die Mittel, die uns zum Leben zur Verfügung stehen, liegen dauerhaft unterhalb des Existenzminimums.**
- **Wir können uns nicht frei bewegen.**
- **Wir haben keine Perspektive und können uns auch keine erarbeiten.**
- **Die medizinische Versorgung ist absolut unzureichend.**
- **Unser Familienleben wird schwer beeinträchtigt.**
- **Wir werden zur Zielscheibe rassistischer und rechtsextremer Übergriffe.**
- **Die Ausländerbehörde scheint nur ein Ziel zu verfolgen, nämlich unsere Abschiebung.**

Im Einzelnen:

Für den Lebensunterhalt bekommen die meisten von uns monatlich 2 Gutscheine à 66 Euro, die jeweils auf einmal eingelöst werden müssen, und zwar in vorgeschriebenen Supermärkten (Kaufland in Dessau, Penny), sowie monatlich 20 Euro Taschengeld. Dies gilt für Alleinstehende – eine Mutter und ihre jugendliche Tochter erhalten z.B. zusammen monatlich nur 30 Euro Taschengeld. Die wenigen, die ihren Lebensunterhalt in bar erhalten, sind ständig davon bedroht, bei der kleinsten Verfehlung ebenfalls nur noch Gutscheine plus Taschengeld zu bekommen.

Von Möhlau aus gibt es nur eine einzige öffentliche Verkehrsverbindung, nämlich einen Bus, der morgens und nachmittags fährt (für die Kinder der Schulbus). Ansonsten müssen wir mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen.

Urlaubsscheine, d.h. Genehmigungen zum Verlassen des vorgeschriebenen Aufenthaltsbereiches z.B. für Besuche bei Familie und Freunden, werden nicht erteilt. Bei nicht genehmigten Reisen werden unter Umständen 300 Euro Bußgeld fällig.

Die Duldung (Aussetzung der Abschiebung aufgrund von Abschiebehindernissen) wird nur für jeweils drei Monate erteilt. Dies versetzt uns in einen Zustand dauerhafter Unsicherheit. Eine Wohnung und eine Arbeit zu finden ist unter diesen Umständen sowieso kaum möglich.

Allerdings hat auch niemand von uns eine Arbeitserlaubnis.

Wenn ein Arztbesuch nötig ist, muss folgende Prozedur eingehalten werden: Zuerst muss beim Arzt ein Termin vereinbart werden. Dann muss dieser Termin dem Sozialarbeiter im Lager mitgeteilt werden. Dieser stellt bei der Ausländerbehörde einen Antrag. Die Bewilligung dauert mindestens 3 bis 4 Tage und gilt nur an diesem einen Tag, für den der Termin vereinbart wurde. Bei akuten Fällen dauert das zu lange, sodass wir Flüchtlinge selbst bezahlen müssten, was wir nicht können, sodass die Behandlungen nicht stattfinden bzw. Medikamente nicht erworben werden können (so z.B. bei einer an Diabetes erkrankten Frau).

In mehreren Fällen verhindert die Ausländerbehörde das Zusammenleben von Familienmitgliedern. Teilweise müssen wir in unterschiedlichen Asylheimen leben. In anderen Fällen haben jüngere Familienmitglieder einen Aufenthaltstitel und dürfen ihre Eltern nicht bei sich wohnen lassen – diese müssen im Asylheim bleiben.

Teilweise werden für hier geborene Kinder keine Geburtsurkunden ausgestellt (zuständig: Ausländerbehörde und Standesamt).

Aufgrund von rechtsextremen Übergriffen auf Kinder mussten diese die Schule wechseln. Auch Erwachsene werden Ziel rassistischer Pöbeleien und Angriffe.

Die Ausländerbehörde verlangt von uns, dass wir Papiere und Dokumente aus unseren Herkunftsländern beibringen, damit wir einen Aufenthaltstitel erhalten können. Das müssen wir selbst zahlen, sodass wir das oft nicht leisten können, und wenn doch, dann wird damit nicht der Asylantrag bearbeitet, sondern im Gegenteil unsere Abschiebung vorangetrieben. Mehrere von uns Flüchtlingen haben eine Ausreiseaufforderung erhalten, andere haben bereits einen Termin für die Abschiebung. In mehreren Fällen ist die Grundlage dafür das deutsch-syrische Abschiebeabkommen von Anfang dieses Jahres.

Wir fordern ein normales, menschenwürdiges Leben für Asylbewerberinnen und Asylbewerber!

Wir wollen in eigenen Wohnungen leben, wir wollen selbst entscheiden, was und wo wir einkaufen! Wir wollen Bargeld und wir wollen eine Arbeitserlaubnis, um das Geld selbst zu verdienen.

Wenn wir krank sind, wollen wir direkt zum Arzt gehen können.

Wir wollen mit unserer Familie zusammenleben und Freunde treffen können. Wir möchten nicht länger isoliert in einer ehemaligen Kaserne leben.

Und wir wollen nicht in die Länder abgeschoben werden, aus denen wir geflohen sind, weil uns dort Gefahr droht!